

# STADT KITZINGEN



## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - HAUSHALTSBERATUNG (VERMÖGENSHAUSHALT) AM 30.01.2014

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 30.01.2014  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 21:00 Uhr  
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

---

### Anwesend:

#### **Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Siegfried Müller

#### **CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

#### **SPD-Stadtratsfraktion**

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

#### **UsW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Rolf Ferenczy

bis 19.15 Uhr, Ziffer 1.23

Stadtrat Peter Lorenz

2. Bürgermeister Werner May

Stadtrat Manuel Müller

#### **FW-FBW-Stadtratsfraktion**

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

#### **KIK-Stadtratsfraktion**

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

#### **UKB-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter

bis 20.00 Uhr, Ziffer 1.30

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

#### **ödp-Stadtratsgruppe**

Stadtrat Jens Pauluhn  
Stadträtin Andrea Schmidt

**ProKT-Stadtratsgruppe**

Stadtrat Franz Böhm  
Stadtrat Hans Schardt

ab 17.12 Uhr, Ziffer 1.1

**Ortssprecher**

Ortssprecherin Anna Schlötter

**Schriftführer/in**

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

**Berichterstatter**

Bauamtsleiter Oliver Graumann  
Gabriele Hafner

Verwaltungsrat Ralph Hartner  
Jutta Heger

Klaus Rützel

Stadtkämmerer Bernhard Weber

**Entschuldigt:**

**CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Andreas Moser

**UsW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Manfred Marstaller

**FW-FBW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

**Ortssprecher**

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

**1. Beratung des Vermögenshaushalts 2014 mit Finanzplanung 2013 - 2017**

**1.1. Vorinformation von Stadtkämmerer Weber zur Beratung des Vermögenshaushaltes**

Oberbürgermeister Müller stellt eingangs fest, dass man bei der letzten Beratung im November 2013 bis zum Unterabschnitt 2140 gekommen sei und man an dieser Stelle die Beratungen fortsetze.

Stadtkämmerer Weber verweist auf den vorliegenden Entwurf des Vermögenshaushaltes sowie auf die Antragsliste. Es sei vorgesehen, sämtliche Unterabschnitte durchzugehen und in diesem Zusammenhang die entsprechend dazugehörenden Anträge zu behandeln.

Er geht im Folgenden auf eine Präsentation ein, die der Niederschrift als wesentliche Anlage beigefügt ist.

Stadtrat Weiglein möchte hinsichtlich der Rücklagenentnahmen (3,9 Mio. €) sowie der Kreditaufnahme (0,00 €) für 2014 wissen, ob dies der Forderung entspreche, dass man zunächst die Rücklagen verwenden müsse, bevor Kredite aufgenommen werden.

Stadtkämmerer Weber bejaht dies, weist aber auch darauf hin, dass für 2014 keine Kredite notwendig seien, nachdem aus dem Jahr 2013 noch ein Rest bestehe, der im Jahr 2014 verwendet werden könnte.

Stadträtin Wallrapp verweist auf die Zuschüsse in Höhe von 7,2 Mio. € und gibt zu bedenken, ob diese im Jahr 2014 überhaupt komplett abgerufen werden können.

Stadtkämmerer Weber stimmt zu, dass nicht sämtliche Maßnahmen umgesetzt werden können und somit nicht sämtliche Zuschüsse eingehen werden, jedoch gebe es auch eine Vielzahl von bereits abgeschlossenen Maßnahmen, bei denen noch Fördersummen ausstehen.

Stadtrat Rank verweist auf den Stand der Rücklagen, welcher sehr erfreulich sei, jedoch nur mangels Umsetzung der Verwaltung in dieser Höhe bestehe.

Bürgermeister Christof möchte wissen, weshalb die Schulden der städtischen GmbH's nicht mit aufgenommen werden, so wie es das Landratsamt in ihrem rechtsaufsichtlichen Schreiben von 2013 empfohlen habe.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass es der Haushalt der Stadt sei und deshalb die Schulden der GmbH's nicht aufgeführt werden müssen.

Stadtrat Heisel bittet – analog der Darstellung der Bayerngrundschulden in den 90er Jahren – ebenfalls die Schulden der GmbH's darzustellen.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass die Schulden der GmbH's im Beteiligungsbericht dargestellt seien und sagt zu, diesen den Stadträte zukommen zu lassen.

## **1.2. 2140.9451 Schulsporthalle Deusterpark – Sanierung/Neubau Sporthalle inkl. Brandschutz Generalsanierung; Mehrzweckhalle**

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass im Jahr 2014 240.000,00 € eingestellt werden und aus einem Rest zusätzlich 240.000,00 € zur Verfügung stehen. Unter Beachtung der Planungskosten (2140.9491) in Höhe von 680.000,00 € stehen für die Maßnahmen in Summe 680.000,00 € zur Verfügung. Je nach Beschlussfassung des Stadtrates werden die weiteren Mittel entsprechend in die Finanzplanungsjahre eingestellt.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, mit welcher Höhe bei den Förderungen gerechnet werde.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass unabhängig von der Größe ohnehin nur der Schulsport gefördert werde.

Stadtkämmerer Weber verweist auf die verschiedenen Anträge der CSU, SPD, KIK bzw. FW-FBW, die sich aufgrund der jüngsten Beschlussfassung erledigt haben, wie Oberbürgermeister Müller ergänzt.

## **1.3. Anfrage von Stadträtin Wallrapp 2141.9450 – Generalsanierung und Brandschutz Turnhalle Siedlungsschule**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, was an dieser Stelle gemacht werden soll und stellt dar, dass es hierzu noch keine Vorlage und Pläne gegeben habe.

Bauamtsleiter Graumann stimmt zu, dass noch keine Planung vorliege und hier-

für Planungskosten in Höhe von 50.000,00 € eingestellt seien.

Auf Nachfrage verweist Oberbürgermeister Müller auf den Sanierungsumfang (Heizung, Halle, Front, Toiletten usw.), weshalb es sich hierbei schon um eine Generalsanierung handle. Nach der Planung können die Kosten entsprechend eingestellt werden.

#### **1.4. 2431.9450/9490 Friedrich-Bernbeck-Schule – Aus- und Umbaumaßnahme, Brandschutz sowie Planungskosten Erhaltungsinvestitionen**

Stadtkämmerer Weber verweist auf den Antrag der CSU, ausreichend Mittel für die Sanierung der Friedrich-Bernbeck-Schule, insbesondere für die Erneuerung der sanitären Räume in Höhe von 300.000,00 €, im Haushalt 2014 ff bereitzustellen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Schulbegehung mit den Verantwortlichen der Schule sowie der Stadtverwaltung. Man kam zum Ergebnis, dass drei Klassenräume hinsichtlich der Akustik ertüchtigt werden und hierfür bei HHST 2431.9356 in 2014 19.000,00 € zur Verfügung stehen. Die Toiletten, die sanierungsbedürftig seien, haben einen derartigen Sanierungsaufwand, dass eine vorherige Planung notwendig sei.

Stadträtin Wallrapp erkundigt sich nach der Fördermöglichkeit, worauf Stadtkämmerer Weber darstellt, dass die Sanierung der Toiletten für sich nicht förderfähig sei.

Frau Heger stellt dar, dass es letztlich darauf ankomme, in welchem Verhältnis die Einzelmaßnahmen zur Gesamtmaßnahme stehe und ob man dann in Summe von einer förderfähigen Sanierung sprechen könne.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass man mit Blick auf die Zuschüsse die Friedrich-Bernbeck-Schule generalsanieren sollte.

Oberbürgermeister Müller gibt zu bedenken, dass die gegenwärtige Toilettensituation nicht länger geschoben werden könne und sich die Stadt eine Generalsanierung gegenwärtig nicht leisten könne. Seiner Auffassung nach stehe das Schulgebäude gut dar und im Wege des Konjunkturpaketes seien die Fenster bereits erneuert worden. Die weiteren Maßnahmen sollten sinnvollerweise sukzessive erledigt werden.

Stadtrat Rank spricht sich ebenfalls für die Sanierung der Toiletten aus und bittet, von der Maßnahme den Brandschutz abzukoppeln, da dieser sehr schnell kostenintensiv verlaufen könnte.

Oberbürgermeister Müller bittet aus diesem Grund bei den Jahren 2016 und 2017 die Mittel jeweils zu streichen, so dass für 2015 lediglich 300.000,00 € für die Toilettenanlagen sowie für 2014 50.000,00 € für die Planung zur Verfügung stehen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass hiermit der Antrag der CSU erledigt sei.

**1.5. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
3009.9350 – Alte Synagoge, Abdichtung der Türme**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob die Abdichtung der Türme bereits abgeschlossen sei und verweist auf den Vermerk „Abwicklung“ unter Bemerkungen.

Dipl. – Ing. Rützel stellt dar, dass die Maßnahme komplett abgeschlossen sei.

**1.6. Anfrage von Stadträtin Glos  
3009.9450/9490 – Alte Synagoge Brandschutz (Gutachten und Maßnahme)**

Stadträtin Glos möchte wissen, ob hinsichtlich des Brandschutzes in der Alten Synagoge bereits ein neues Brandschutzgutachten vorliege.

Bauamtsleiter Graumann verneint dies.

Stadträtin Glos möchte wissen, ob die Mittel dann bis 2015 geschoben werden können.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass nach Vorlage des Brandschutzgutachtens die Mittel entsprechend eingestellt werden können. Für kleinere Maßnahmen stehen im Jahr 2014 10.000,00 € zur Verfügung.

Stadträtin Wallrapp verweist auf sämtliche Kosten für den Brandschutz bei den einzelnen Unterabschnitten und stellt fest, dass hier noch erheblich Kosten auf die Stadt Kitzingen zukommen werden. Sie möchte wissen, wie die einzelnen Maßnahmen abgearbeitet werden.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Verwaltung sämtliche städtischen Gebäude hinsichtlich des Brandschutzes überprüfen müsse und eine Priorisierung insofern vornehme, in welchen Gebäuden sehr viele Personen zusammenkommen und Veranstaltungen bzw. Versammlungen stattfinden. Aus diesem Grund habe die Alte Synagoge einen hohen Stellenwert in der Abarbeitung des Brandschutzes. Bei allen ohnehin durchzuführenden Maßnahmen wie beispielsweise die Sanierung von Schulen oder Kindergärten werde der Brandschutz gleich mit erledigt.

**1.7. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
3331.9350 – Musikschule, Verkauf von Werkzeugen**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, weshalb in der Musikschule Werkzeuge verkauft werden.

Frau Heger antwortet, dass es sich offenbar um einen Schreibfehler handle.

**1.8. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
3700.9450 – Investitionszuschüsse für Kirchen; Bergkirche Hohenfeld**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, wann die Maßnahme an der Bergkirche Hohenfeld beginne.

Auf den Hinweis von Oberbürgermeister Müller, dass die Stadt noch auf eine Aussage von der Kirchengemeinde warte, stellt Stadträtin Stocker dar, dass die Unterlagen noch in München liegen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Stadt Kitzingen hierauf keinen Einfluss nehmen könne.

**1.9. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
3700.9880 – Investitionszuschüsse für übrigen Bereiche**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, was sich hinter dem Begriff „für übrige Bereiche“ verberge.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass dies für kleinere Maßnahmen, die der Stadtrat innerhalb eines Jahres beschließen, gedacht seien und der Ansatz eine pauschale darstelle.

**1.10. Anfrage von Stadtrat Popp  
3601.9328 Pauschaler Ansatz für Ablösungszahl für Ausgleichsflächen  
(Öko-Fonds)**

Stadtrat Popp verweist auf den Öko-Fond und möchte einen Sachstand wissen, insbesondere wie hoch der Stand des Fonds gegenwärtig sei.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass hinsichtlich der Ausgleichsflächen ein Büro beauftragt und darüber bereits im Stadtentwicklungsbeirat beraten wurde. Auf Grundlage der Diskussion im Beirat erfolgte eine Konkretisierung, die nun im Stadtrat vorgestellt werden soll. Den Stand des Fonds könne er gegenwärtig nicht benennen und sollte dann auch im Zusammenhang bei der Vorstellung im Stadtrat beraten werden.

**1.11. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
4609.9350 – Dezentrale Jugendtreffs, Erwerb von bewegl. Sachen des Anlagevermögens**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, was hinter dem Ansatz von 15.000,00 € bei den Dezentralen Jugendtreffs stecke.

Frau Heger erklärt, dass dieser Ansatz falsch sei und beim bestehenden Ansatz bei HHST 4605.9350 in Höhe von 1.000,00 € hinzugerechnet werden muss, so dass dieser dann 16.000,00 € beträgt.

**1.12. 4351.9453 Obdachlosenunterkünfte; Erweiterungs-, Um- und Ausbau Maßnahme, Mindestausstattung (Heizung, Bodenbeläge)**

Hierzu liegt ein Antrag der FW-FBW Stadtratsfraktion vor, die beantragen, 50.000,00 € in den Haushalt einzustellen, um die notwendigen Maßnahmen umsetzen zu können. Darüber hinaus in den Folgejahren 30.000,00 bzw. 10.000,00 €.

Stadtkämmerer Weber verweist auf einen Ansatz im Verwaltungshaushalt für Unterhaltsmaßnahmen, der 2014 um 50.000,00 € erhöht wurde sowie auf den

Haushaltsrest in Höhe von 15.000,00 € für investive Maßnahmen.

Stadträtin Wallrapp bittet, dass diese Mittel auch entsprechend verwendet werden, da bei den Notwohngebieten ein dringender Handlungsbedarf bestehe.

Frau Heger verweist auf das Rechnungsergebnis in Höhe von 132.000,00 € im Jahr 2013, weshalb sie den Ansatz entsprechend erhöht habe.

**1.13. Antrag von Stadträtin Stocker  
4643.9450 Kindergarten Hohenfeld, Einbau von Krippenplätzen**

Stadträtin Stocker stellt dar, dass hinsichtlich der Schaffung von Krippenplätzen im Kindergarten Hohenfeld dringender Handlungsbedarf bestehe und beantragt, die Mittel in das Jahr 2014 vorzuziehen.

Oberbürgermeister Müller stimmt zu, dass die Sondernutzung für Kinder unter drei Jahren auslaufe und deshalb dringender Handlungsbedarf bestehe. Er bittet um Zustimmung, bei den Haushaltsstellen 4643.9450 sowie 4643.9451 die Mittel von 2015 auf 2014 vorzuziehen.

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass dies auch dem Antrag der FW-FBW entspreche und dieser somit erledigt sei.

**beschlossen                      dafür 27    dagegen 0**

Es besteht Einverständnis damit, bei der Haushaltsstelle 4643.9450 den Ansatz in Höhe von 50.000,00 € von 2015 auf 2014 vorzuziehen sowie bei Haushaltsstelle 4643.9451 den Ansatz in Höhe von 40.000,00 € von 2015 auf 2014 vorzuziehen.

**1.14. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
4644.9452 Brandschutz Kindergarten Alemannenstraße**

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass es offenbar mit dem Brandschutz im Kindergarten Alemannenstraße Probleme gab.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass es aufgrund einer Verpuffung an der Heizung diese ausgetauscht werden müsse, wofür 20.000,00 € einzustellen sind. Hierfür ist eine neue Haushaltstelle 4644.9680 zu bilden. Die Mittel für den Brandschutz in Höhe von 40.000,00 € können im Jahr 2017 als Merkposten verbleiben, nachdem es beim Kindergarten Alemannenstraße keine gravierenden Brandschutzmängel gebe.

Stadträtin Richter verweist auf die Brandschutzmaßnahmen bei sämtlichen Kindergärten und möchte wissen, inwiefern diese abgearbeitet werden.

Dipl. – Ing. Rützel stellt dar, dass der Brandschutz in den Kindergärten sehr ernst genommen werde. Im Kindergarten Repperndorf wurde dieser bereits umgesetzt, als nächstes sei Hoheim an der Reihe. Sickershausen sei gegenwärtig in der Planung und soll nach den Sommerferien erledigt werden. Beim Kindergarten Alemannenstraße gebe es keinerlei gravierende Mängel.

Stadträtin Richter stellt fest, dass dann der Ansatz in Höhe von 40.000,00 € bei HHST 4646.9451 Brandschutz Kindergarten Sickershausen von 2017 auf 2014 vorgezogen werden müsste.

Auf den Hinweis von Dipl. – Ing. Rützel, dass die Aufwendungen für den Brandschutz bei der Maßnahme in Höhe von 218.000,00 € enthalten sei, streicht Oberbürgermeister Müller den Ansatz von 40.000,00 € in 2017 bei HHST 4646.9451 und lässt bei der Maßnahmenhaushaltsstelle den Hinweis „Brandschutz“ aufnehmen.

**1.15. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
4645.3610 Zuschüsse für Kindergrippe und Kindergarten St. Elisabeth**

Stadträtin Wallrapp verweist auf den Haushaltseinnahmerest in Höhe von 220.000,00 € und möchte wissen, wann mit den Mitteln zu rechnen sei.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass diese Mittel noch nicht abgerufen werden konnten, nachdem ein Abruf auch haushaltsübergreifend erfolge. 2014 werden diese abgerufen.

**1.16. 5601.9580 – Sportanlage Etwashausen, Ballfangzaun**

Stadtkämmerer Weber verweist auf einen Antrag der FW-FBW-Stadtratsfraktion, für die Fortführung des Ballfangzauns am Rot-Weiß-Platz im Jahr 2014 20.000,000 € einzustellen.

Diese habe die Verwaltung bereits eingestellt.  
Somit hat sich der Antrag erledigt.

**1.17. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
5800.9585 Baugebiet Eselsberg Süd, Gelände profilieren und Ansaat**

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf den jüngsten Beschluss zum Eselsberg und stellt fest, dass der Ansatz gestrichen werden könnte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, der Ansatz nichts mit dem jüngsten Beschluss zu tun habe und der Ansatz bestehen bleiben könne.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt, dass die Hänge nicht angewachsen seien, was entsprechend zu reklamieren wäre.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass die Verwaltung diesbezüglich bereits tätig wurde.

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass hinsichtlich des Baugebietes Eselsberg ein Antrag der FW-FBW vorliege, wonach die Erschließungskosten am Eselsberg nun zeitnah abzurechnen seien und den Anwohnern zunächst eine Zwischenrechnung gestellt werden soll.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Antrag mit dem Haushalt nix zu tun habe und aufgrund der jüngsten Entscheidung im Stadtrat könne die Stadt nun entsprechend handeln. Eine Abrechnung erfolge gleichwohl erst nach Beendigung der Maßnahme.

**1.18. 5932.9350 - Ersatz Spielgeräte in verschiedenen Spielplätzen**

Stadtkämmerer Weber verweist auf zwei Anträge der FW-FBW, die beantragen, die Spielgeräte für das Freizeitgelände am Bleichwasen zu beschaffen. Außerdem wird die Beschaffung einer Schaukel für Kleinkinder beantragt.

Stadtkämmerer Weber stellt hinsichtlich des Freizeitgeländes dar, dass die Spielgeräte in 2013 nicht beschafft wurden und er die Mittel in Höhe von 3.000,00 € nochmals im Haushalt 2014 veranschlagen habe. Für die Beschaffung der Schaukel für Kleinkinder werden 1.000,00 € in den Haushalt eingestellt.

Hiermit besteht Einverständnis.

**1.19. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
5821.9352 Stadtgärtnerei – Arbeitsgeräte und Maschinen**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, ob es sich beim Ansatz in Höhe von 33.000,00 € um eine Einzelanschaffung handle.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass ein neuer Anhänger sowie verschiedene Kleingeräte (Motorsäge, Heckenschere etc.) beschafft werden sollen.

**1.20. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
UA 5900 – Kleine Gartenschau, NIK**

Stadträtin Wallrapp verweist auf die noch ausstehenden Zuweisungen vom Land und der EU in Höhe von 400.000,00 € und stellt dar, dass der Verwendungsnachweis bis November 2013 erstellt sein sollte. Sie möchte wissen, weshalb die Mittel immer noch nicht eingegangen sind.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass für dieses Jahr von der EU 96.000,00 € sowie vom Land Bayern 206.000,00 € vorgesehen und für nächstes Jahr nochmals 100.000,00 € vom Land Bayern zu erwarten sind.

**1.21. 6101.9590 – Stadtplanung, allg. Gutachten + Planungskosten (ohne Konversion)**

Die CSU beantragt ab 2014 Planungskosten in Höhe 50.000,00 € für die Erarbeitung entsprechender Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt bereitzustellen.

Die KIK beantragt die Erstellung einer Analyse des momentanen Standes des generellen Energieverbrauches innerhalb ganz Kitzingens und des daraus resultierenden CO<sup>2</sup>-Ausstosses.

Die KIK beantragt außerdem im Rahmen mehrere Studien und Symposien Strukturen für die Innenstadt zu erarbeiten, mit einer zeitgemäßen Beteiligung aller Akteure, um ein effizientes und konsensfähiges Konzept entstehen zu lassen.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass für die Erstellung von Konzepten im Jahr 2014 ein Haushaltsansatz in Höhe von 150.000,00 € vorhanden sei. Darüber hinaus bestehe ein Rest aus 2013 in Höhe von 70.000,00 €, so dass insgesamt 220.000,00 € zur Verfügung stehen. Aus Sicht der Verwaltung reichen die Mittel

für die beantragten Dinge aus. Einzig hinsichtlich des Antrages zum Energieverbrauch könne sich die Verwaltung vorstellen, 50.000,00 € in den Haushalt einzustellen.

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass die Mittel zur Steigerung der Innenstadt nicht ausreichend seien und gibt zu bedenken, dass die Innenstadt einen höheren Stellenwert einnehmen sollte und deshalb auch eine eigene Haushaltsstelle gebildet werden sollte.

Hinsichtlich des Antrages zum Energieverbrauch verweist er auf das Gutachten der Energieagentur, wodurch entsprechende Einsparungen erreicht werden sollten, jedoch zur Umsetzung der Maßnahmen keine Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Er verweist auf andere Kommunen und deren Zielsetzung, 50 % des Stromverbrauchs selbst zu erwirtschaften, sich jedoch die Stadt Kitzingen bislang keine Gedanken gemacht habe, in welche Richtung es in Zukunft hinsichtlich der Energiepolitik gehen soll. Er gibt zu bedenken, dass 50.000,00 € für die Erstellung des Energiekonzeptes nicht ausreichend seien.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass für die Innenstadt bereits verschiedene Grundlagen vorhanden seien und verweist unter anderem auf das Einzelhandelskonzept sowie den Verkehrsentwicklungsplan. Darüber hinaus seien noch zwei Straßen im Eigentum des Staates, weshalb die Stadt hier noch nicht handeln könne. Es gebe bereits erste Ideen für beispielsweise die Kaiserstraße, dem Königsplatz sowie dem Markt, wofür die Mittel bei o. g. Haushaltsstelle verwendet werden können.

Bürgermeister Christof gibt zu bedenken, dass Baumaßnahmen alleine nicht die Innenstadt beleben.

Bauamtsleiter Graumann gibt Recht, dass man damit alleine keine Belebung herstelle, jedoch auch ein Teil der Belebung sei. Speziell gehe es ihm um die Aufwertung des öffentlichen Raumes, wozu er auch die kommunalen Gebäude zähle. Darüber hinaus sei es wichtig, dass die privaten Gebäudeeigentümer in ihre Immobilien investieren.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob hinsichtlich der Handlungsempfehlungen der Energieagentur Nordbayern bereits die Kosten ermittelt und die Maßnahmen entsprechend priorisiert wurden.

Bauamtsleiter Graumann weist darauf hin, dass die Handlungsempfehlungen in drei Bereiche einzuteilen sind. Zum einen müssen lediglich Einstellungen an den vorhandenen Anlagen vorgenommen werden, was bereits umgesetzt sei. Zum anderen geht es um den Austausch von Bauteilen bzw. Fenstern. Als letztes wurden die Objekte mit einem erheblichen Sanierungsaufwand dargestellt. Bei allen Maßnahmen, die ohnehin gegenwärtig angegangen werden, werden diese Empfehlungen berücksichtigt (z. B. Rathaus, Kindergärten, Schulen).

Stadtrat Pauluhn verweist auf die jährliche Diskussion in Sachen Innenstadt bzw. Energie, nur leider hat sich hierzu nichts geändert bzw. ergeben. Ebenso hinsichtlich seines Antrages auf Schaffung eines Streifens im Bereich des Marktplatzes, der im vergangenen Jahr mit dem Hinweis abgelehnt wurde, dass die Verwaltung eine gesamte Planung vorlegen werde, was jedoch nicht passiert sei.

Oberbürgermeister Müller ist ebenfalls der Auffassung, dass der Weg im Bereich der Herrnstraße über den Marktplatz sowie am Platz der Partnerstädte im Bereich der Kirche ausreichend sei.

Daraufhin bittet Stadtrat Pauluhn seinen Antrag in der nächsten Sitzung der Haushaltsberatungen am 04.02.2014 zur Abstimmung zu bringen.

Stadtkämmerer Weber ist mit Blick auf die Haushaltssystematik der Auffassung, den Antrag sinnvollerweise im Rahmen einer normalen Stadtratssitzung zu behandeln, damit anschließend die Kosten ermittelt und in den Haushalt 2015 eingestellt werden könnten.

Stadtrat Pauluhn gibt zu bedenken, dass hierfür keine große Planung notwendig sei.

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf den Erläuterungstext zu o. g. Haushaltstellte und möchte wissen, ob erneut ein Stadtentwicklungsmanagement beauftragt werden soll.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass dies noch nicht beschlossen sei, jedoch nach Schaffung der planerischen Voraussetzungen in den Konversionsgebieten eine Aufgabenfülle vorherrschen könnte, die ein Stadtentwicklungsmanagement notwendige machen könnte.

Bürgermeister Christof möchte wissen, wie man nun mit den Anträgen umgehe.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass nach Ansicht der Verwaltung die Mittel samt Rest in Höhe von 220.000,00 € ausreichend seien, um die Konzepte zu erarbeiten zu können.

Stadtkämmerer Weber erklärt hinsichtlich des Antrages für die Umsetzung der Energiemaßnahmen, dass im Einzelplan 8 bei Haushaltstelle 8801.9420 im Finanzplanungszeitraum Mittel in Höhe von 500.000,00 € für Energieeinsparmaßnahmen an städtischen Gebäuden zur Verfügung stehen.

## **1.22. Anfrage von Stadträtin Richter 6101.9650 – Ausbau Breitband-/DSL-Versorgung**

Stadträtin Richter erfragt den Sachstand hinsichtlich des Breitbandausbaus.

Oberbürgermeister Müller verweist auf das Angebot einer Firma, die sich jedoch verkalkuliert hatten und letztlich das Angebot 50 % teurer war, weshalb die Stadt das Angebot nicht angenommen habe. Gegenwärtig gebe es ein neues Breitbandförderungsprogramm, was jedoch zu kompliziert sei, weshalb derzeit nur 2 Anträge vorliegen. Der Städtetag habe dies bereits bei der Landesregierung moniert.

Stadträtin Richter verweist auf die seinerzeitige Beschlussfassung und ihre Bedenken, den Auftrag an das günstigste Büro zu vergeben. Andere Kommunen haben dies auch anders gehandhabt.

Oberbürgermeister Müller gibt zu bedenken, dass man sich mit Blick auf die Förderfähigkeit streng an die Förderrichtlinien halten musste.

Stadtkämmerer Weber verweist auf einen Antrag der CSU diesbezüglich sowie auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche von Stadtrat Rank akzeptiert wird.

**1.23. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
6151.9882 Privatmaßnahmen in Sanierungsgebieten (auch Fastnachtsmuseum)**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, was unter dem Haushaltstext zu verstehen sei.

Frau Heger erklärt, dass derzeit zwei Privatmaßnahmen gefördert werden; das Fastnachtsmuseum sowie die Ritterstraße.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass die Gesamtkosten für das Fastnachtsmuseum unterschritten werden und sich insofern auch der Anteil der Stadt Kitzingen reduziere.

Stadtrat Pauluhn gibt hinsichtlich der Ausgaben für das kommunale Förderprogramm zu bedenken, dass viele Kommunen an dieser Stelle einen höheren Ansatz zur Verfügung stellen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass keine weiteren Anträge eingereicht wurden und deshalb nur die Mittel in der dargestellten Höhe benötigt würden.

Stadtrat Schmidt stellt dar, dass das Kommunale Förderprogramm wieder auf die Ortsteile ausgeweitet werden sollte, wie es früher bereits der Fall war.

Oberbürgermeister Müller bestätigt, dass bei der letzten Satzungsänderung das Förderprogramm lediglich für die Altstadt festgelegt wurde. Unabhängig davon finde in den Ortsteilen das Förderprogramm auch bei Denkmälern Anwendung. Um es allgemein in den Ortsteilen festlegen zu können, sei die Abgrenzung eines Ortskerns notwendig.

Stadtrat Schmidt fragt nach der zeitlichen Schiene, bis wann es im Stadtrat behandelt werden soll.

Oberbürgermeister Müller nennt nach der Sommerpause als Ziel.

**Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.15 Uhr bis 19.30 Uhr.**

**1.24. UA 6302 – Kreuzungsquerung Fußgängerzone zur Alten Mainbrücke**

Die KIK-Stadtratsfraktion beantragt die Maßnahme zu streichen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Stadtratsbeschluss und die vorliegende Genehmigungsplanung samt Kostenberechnung.

Bürgermeister Christof verweist auf die geplante Brückensanierung und die Möglichkeit, die Überquerung dann sinnvollerweise in diesem Zusammenhang mit zu erledigen.

Stadtrat Rank unterstützt die Auffassung von Bürgermeister Christof und erklärt, dass die Maßnahmen sinnvollerweise bis zur Brückensanierung geschoben werden sollte.

Bauamtsleiter Graumann spricht sich gegen das Schieben aus. Seiner Auffassung nach sollten die Arbeiten in zwei Abschnitte aufgeteilt werden. Einerseits kann der Ausgang aus dem Markt sofort angegangen werden, um auch die gefährliche Situation des Übergangs zu entschärfen. Die erforderlichen Maßnahmen an der Brücke können dann im Rahmen der Brückensanierung durchgeführt werden.

Stadtrat Rank verweist auf die Brückenprüfung und stellt dar, dass je nach Ergebnis und insofern Klarheit, wann mit der Brückensanierung begonnen werden müsse, die Maßnahme geschoben werden könne.

Bauamtsleiter Graumann verdeutlicht, dass die wesentlichen Arbeiten im Bereich des Marktes stattfinden.

Stadtrat Pauluhn ist der Auffassung, nachdem die Maßnahme über die Städtebauförderung bezuschusst werden soll, in dieser Gesamtmaßnahme auch seinen Antrag hinsichtlich des Gehstreifens im Markt einzubeziehen. Insofern könnte man eine größere Maßnahme umsetzen und könne mit einer umfassenden Förderung rechnen.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass dies theoretisch möglich sei, worauf Oberbürgermeister Müller darstellt, dass die Verwaltung dies prüfen werde.

Bürgermeister Christof ändert seinen Antrag insofern ab, dass die Maßnahme bis zur Brückensanierung geschoben werden soll.

**abgelehnt**                      **dafür 10 dagegen 16**

Der Antrag von Bürgermeister Christof wurde abgelehnt.

Es bleibt bei den eingestellten Mitteln.

**1.25.            Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
Prioritätenliste für Straßenbau und Kanal**

Stadträtin Wallrapp erinnert an die Prioritätenliste für Straßenbau und Kanal und möchte wissen, wann diese vorgelegt werde.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf eine vorliegende Liste für den Straßenbau, die in Kürze im Gremium vorgestellt werden soll. Als nächstes soll die Prioritätenlisten für den Kanalbau auch unter Berücksichtigung der Straßenprioritätsliste angepasst werden.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, bis wann mit einer Behandlung zu rechnen sei.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass dies im ersten Quartal 2014 möglich sei.

**1.26.            Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
UA 6306 Umgestaltung Bahnhofsvorplatz – Straßenbau**

Stadträtin Wallrapp fragt im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes nach, wann die Erschließungskosten der Friedensstraße abgerechnet werden und möchte wissen, ob es verjähren könne.

Frau Hafner stellt dar, dass sie die letzten Zahlen von der Tiefbauverwaltung erhalten habe und die Abrechnung im Jahr 2014 erfolge. Eine Verjährung trete nicht ein.

**1.27. Anfrage von Stadtrat Schardt  
Straße im Bereich Dreistock**

Stadtrat Schardt verweist auf eine Straße, die im jüngsten Bebauungsplan „GEA Huppmann/Am Dreistock“ enthalten sei, im Haushalt jedoch keine Mittel dafür vorgesehen sind.

Bauamtsleiter Graumann stimmt zu, dass die Straße im Bebauungsplan enthalten sei, jedoch der Stadtrat noch keine Grundsatzentscheidung dazu getroffen habe. Die Planung werden im Haus erfolgen und nach einer Beschlussfassung können die Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

**1.28. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Unterschiedliche Unterabschnitte hinsichtlich der Gesamtmaßnahme  
Bahnhof**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, weshalb bei der Gesamtmaßnahme Bahnhof es nun einzelne Haushaltstellen gebe.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass er mit Blick auf die Einzelveranschlagung, der Transparenz sowie der Abrechnung die Maßnahme auf drei Unterabschnitte aufgeteilt habe.

**1.29. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
UA 6321 Geh- und Radweg nach Mainbernheim**

Stadträtin Wallrapp wundert sich, dass bei der o. g. Maßnahme noch Ansätze vorhanden sind, nachdem sie der Auffassung war, dass es längst abgeschlossen sei.

Dipl. – Ing. Richter verweist auf einen Gewährleistungsfall, weshalb die Mittel noch zurückgehalten wurden, welcher heuer jedoch abgewickelt werden soll.

**1.30. Hinweis von Oberbürgermeister Müller  
6402.9508 – Straßenausbau Gartenstraße Etwashausen**

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass mit Blick auf die Hinweise in der Bürger- bzw. in der Anliegerversammlung die Mittel in 2015 (450.000,00 €) sowie 2016 (276.000,00 €) jeweils ein Jahr nach vorne geschoben werden.

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, ob in diesem Zusammenhang die Frage nach der Erschließungseinheit mit Blick auf einen Weg zum Kindergarten St. Michael, der ihrer Auffassung nach asphaltiert werden müsste, geklärt wurde.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Planung auch aufgrund der Hinweise der Bürger konkretisiert wurde. In diesem Zusammenhang wird auch die angesprochene Problematik geprüft und dem Stadtrat nochmals in Gänze vorgestellt.

**1.31. Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
6402.3525 – Straßenausbaubeiträge/Anliegerbeiträge Friedrich-Eber-Straße**

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass die Friedrich-Ebert-Straße bereits im Jahr 2011 fertiggestellt wurde. Sie möchte wissen, wann die Beiträge abgerechnet werden und ärgert sich, dass die Zusage, dies bis zum November 2013 zu tun, nicht eingehalten wurde. Darüber hinaus möchte sie wissen, ob der Verwendungsnachweis bereits erstellt wurde.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass der Verwendungsnachweis bereits bei der Regierung von Unterfranken vorliege.

Frau Hafner stellt dar, dass die Abrechnung noch im Jahr 2014 erfolge und die Vorankündigungen innerhalb der nächsten 14 Tage versandt werden.

**1.32. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
6453.9501 – Geh- und Radwege im Stadtgebiet (Absenkungen/Markierungen) pauschale**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, ob dies lediglich eine pauschale sei und wo die übrigen Mittel für Fahrradwege, die im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplan dargestellt wurden, bereitgestellt sind.

Stadtkämmerer Weber bestätigt, dass es sich dabei nur um eine pauschale handle. Die Kosten für die Radwege sind in der Regel bei der entsprechenden Maßnahmen mit eingestellt.

**1.33. Antrag der KIK-Stadtratsfraktion  
6709.9582 Straßenbeleuchtung**

Die KIK beantragt die Mittel im Haushalt für die Straßenbeleuchtung so lange zurückzuhalten, bis ein LED-Straßenbeleuchtungskonzept für die Stadt Kitzingen vorliegt.

Stadtkämmerer Weber verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Tiefbauverwaltung und die Haushaltsansätze. In 2014 sei ein Nullansatz eingestellt, nachdem noch ein Haushaltsaufgaberest aus 2013 in Höhe von 138.000,00 € bestehe. Ab 2015 sollen jährlich 150.000,00 € in den Haushalt eingestellt werden.

Bürgermeister Christof verweist auf die Frist, im Jahr 2017 die Leuchtmittel auf LED-Technik umgestellt zu haben und gibt zu bedenken, dass es gegenwärtig kein Konzept seitens der Stadt gebe. Ein solches sollte zunächst erstellt werden, bevor die Mittel für eine veraltete Technik ausgegeben werde.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass es vorgesehen sei, den Austausch bereits mit neuer Technik vorzunehmen.

Bürgermeister Christof gibt zu bedenken, dass eine abschnittsweise Umsetzung lt. Aussagen der Verwaltung nicht möglich sein soll.

Dipl. – Ing. Richter stellt dar, dass eine Abschnittsweise Umsetzung möglich sei, jedoch ein Gesamtkonzept sinnvoll wäre.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass mit den eingestellten Mitteln ein erster Bereich mit der LED-Technik ausgestattet werde.

**1.34. 6815.9518/9598 Parkfläche am Hallenbad (Erweiterung/Umbau sowie Planung)  
6815.9519/9599 Parkfläche Bleichwasen (Neubau sowie Planung)**

Die FW-FBW beantragt, neben Planungskosten auch einen Kostenansatz für die Umsetzung einzustellen, um mit der notwendigen Maßnahmen dringend beginnen zu können.

Die KIK beantragt die Streichung der Mittel für die Planung und Umsetzung des Parkplatzes am Bleichwasen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Parkplatz am Bleichwasen in Angriff genommen werden müsse, nachdem die Situation unbefriedigend sei. Das Problem sei, dass unter dem Schotter am Parkplatz am Bleichwasen kein Unterbau sei, sondern lediglich Sand. Die Kosten für die Parkplätze am Bleichwasen und Hallenbad sollten ermittelt werden um anschließend entscheiden zu können, in welcher Form eine Umsetzung erfolge. Er stellt fest, dass die geschätzten Kosten für den Bleichwasen sehr hoch seien und ggf. eine Umsetzung in Etappen erfolgen sollte.

Stadtkämmerer Weber ergänzt, dass für die Planung im Jahr 2014 20.000,00 € vorgesehen seien und nach Vorliegen der Kostenberechnung ab 2015 eine Einstellung erfolge könne. Mit Blick auf einen hohen sechsstelligen Betrag für den Parkplatz Bleichwasen könne er keine Mittel in 2014 einstellen.

Stadträtin Wallrapp stellt dar, dass als Zeichen gleichwohl eine Summe in den Haushalt bzw. in den Finanzplan eingestellt werden soll, worauf Stadtkämmerer Weber darstellt, dass aufgrund der Kostenschätzung das Einstellen einer Summe im Jahr 2015 möglich wäre.

Bürgermeister Christof spricht sich für das Streichen der Maßnahme aus und gibt zu bedenken, diese Summe für das Abstellen von Autos bereitzustellen. Darüber hinaus verweist er auf eine weitere Flächenversiegelung mit Blick auf das Hochwasser.

Stadtrat Schmidt ist wie Stadträtin Wallrapp der Auffassung, dass die Parkplätze in 2014 angegangen werden sollten. Die Situation an beiden Parkplätzen sei untragbar. Er erklärt, dass für 50 gepflasterte Parkplätze mit entsprechender Befestigung 200.000,00 € anfallen würden. Seiner Auffassung nach sollten jeweils 200.000,00 € im Haushalt 2014 eingestellt werden.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass dies 2014 nicht darstellbar ist. Auch hier liege keine Planung vor. Ebenfalls verweist er auf bereits verschobenen Maßnahmen ins Jahr 2014 im Laufe der Haushaltsberatungen, die entsprechend die Rücklagen mindern.

Stadtrat Schmidt gibt zu bedenken, dass von Gesamtumfang des Vermögenshaushaltes (ca. 13,0 Mio. €) lediglich 6,0 Mio. € bis 7,0 Mio. € umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich um eine wichtige Aufgabe und es sollte vielmehr eine Maßnahme verschoben werden, die offensichtlich im Jahr 2014 nicht umgesetzt werden könne.

Stadtkämmerer Weber verweist auf die Haushaltsklarheit und stellt dar, dass es bereits viele Maßnahmen gebe, die in 2014 umgesetzt werden sollen. Das Einstellen der Mittel ohne Kosten sei ein klassischer Resteeerzeuger.

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass eine Planung innerhalb von vier Wochen von einem externen Büro erledigt werden könne. Insofern kann die Maßnahme in diesem Jahr noch umgesetzt werden.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, falls die Planung tatsächlich so schnell vonstatten gehen sollte, er die Mittel außerplanmäßig auch während des Jahres in 2014 bereitstellen könne. Hierfür seien jedoch entsprechende Einsparungsvorschläge notwendig.

Stadtrat Schmidt erklärt, dass er bis zum zweiten Tag der Haushaltsberatungen entsprechende Einsparungsvorschläge liefern werde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Planungskosten im Jahr 2014 bereits eingestellt seien. Ferner sollten in 2015 jeweils 200.000,00 € in den Finanzplan eingestellt werden (Hallenbad und Bleichwasen), welche gemäß Stadtkämmerer Weber außerplanmäßig vorgezogen werden könnten, falls die Planung bereits so weit gediehen ist.

**beschlossen                      dafür 25    dagegen 0**

Mit dem vom Oberbürgermeister Müller dargestellten Vorgehen besteht Einverständnis.

**1.35.                      Anfrage von Stadträtin Wallrapp  
UA 7000 – Prioritätenliste Kanalbau**

Stadträtin Wallrapp möchte wissen, bis wann die Prioritätenliste zum Kanalbau vorgelegt werde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass diese bis spätestens Ende drittes Quartal vorliegen werde.

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Beschluss, pauschal pro Jahr für die Kanäle 500.000,00 € einzustellen und ärgert sich über einen geringeren Ansatz in Höhe von 255.000,00 € im Haushalt. Er möchte die Gründe hierfür wissen.

Stadtkämmerer Weber verweist auf den Rest in Höhe von 496.000,00 € im Jahr 2013 und stellt dar, dass er mit Blick auf die Haushaltsklarheit und aufgrund des Schreibens der Rechtsaufsicht pauschal keine halbe Millionen in den Haushalt einstellen könne. Aus diesem Grund habe er die neuen Ansätze eingestellt, die gleichwohl die Verwaltung in Handlungsfähigkeit versetzen. Seiner Auffassung nach, sollte über das grundsätzliche Vorgehen außerhalb der Haushaltsberatungen in einer Stadtratssitzung beraten werden, damit anschließend die Mittel entsprechend eingestellt werden können.

Stadtrat Pauluhn verweist auf den Beschluss und erklärt, dass die Kosten pro Kilometer bekannt seien und insofern die Summe nicht aus der Luft gegriffen war.

Nach kurzer Diskussion, insbesondere ob der Beschluss aufgehoben werden müsse, macht Stadtkämmerer Weber den Vorschlag, die Mittel im Jahr 2014 auf 0,00 € zu setzen und den Rest von 2013 in Höhe von 496.000,00 € zu übertragen. In den Folgejahren werden die Summen mit Blick auf die Haushaltsklarheit

in Höhe von 260.000,00 € eingestellt. Gleichwohl sei eine Beratung zur Vorgehensweise sinnvoll, damit die Ansätze eingestellt werden können.  
Stadtrat Pauluhn kann sich damit einverstanden erklären.

**beschlossen                      dafür 25    dagegen 0**

Mit dem von Stadtkämmerer Weber vorgeschlagenen Vorgehen besteht Einverständnis.

**1.36.                      Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
7517.9580 Anlage einer Friedwiese**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, an welcher Stelle eine Friedwiese entstehe.

Dipl. – Ing. Richter erklärt, dass von den Mitteln in Höhe von 5.000,00 € eine Urnenstele im Neuen Friedhof errichtet werden soll.

**1.37.                      Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
7692.9359 – Verdunkelung Rathaushalle**

Stadträtin Dr. Endres-Paul möchte wissen, weshalb Mittel für die Verdunkelung der Rathaushalle eingestellt seien und verweist auf die jüngste Renovierung der Halle, bei der die bestehenden Vorhänge abgenommen wurden.

Protokollführer Müller stellt dar, dass beispielsweise bei Ausstellungen eine Verdunkelung angebracht werden müsse, um ein Gegenlicht zu vermeiden. Die Verwaltung werde prüfen, welche Art und Weise hierfür am besten geeignet sei.

Bürgermeister Christof verweist auf die veränderte Akustik durch das Abnehmen der Vorhänge und bittet um Prüfung, wie man dem abhelfen könnte.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies zu prüfen.

Stadträtin Wallrapp verweist auf ihren Antrag, die Möglichkeit der Lüftung im Rathauskeller bzw. der Rathaushalle zu prüfen und möchte wissen, ob dies schon erledigt sei.

Oberbürgermeister Müller verneint dies. Die Prüfung müsse noch erledigt werden.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Einzelpläne 8 und 9 in der Stadtratssitzung am 04.02.2014 im Vorfeld der Beratung des Verwaltungshaushaltes behandelt werden.

**Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr.**

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller  
Oberbürgermeister

Herbert Müller  
Verwaltungsfachwirt